



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER JUNI 2023

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

es geht langsam auf die parlamentarische Sommerpause zu. In den verbleibenden drei Sitzungswochen des Deutschen Bundestages muss noch eine Menge auf den Weg gebracht werden.

Das gilt zum Beispiel für das Einwanderungsgesetz, mit dem wir eine Antwort auf den Fachkräftemangel geben und dafür sorgen, dass Menschen gut integriert werden und falls sie es schon sind, eine dauerhafte Perspektive bei uns bekommen.

Mit dem Aus- und Weiterbildungsgesetz sorgen wir dafür, dass unser starker Arbeitsmarkt auch weiterhin stark bleibt. 1,5 Millionen junge Menschen ohne Schul-/Berufsabschluss kann sich unser Land nicht leisten. Wir brauchen sie und ich bin zutiefst davon überzeugt, dass jeder Mensch etwas kann.

Wir werden die Frage klären, wie wir in Zukunft unsere Wohnungen heizen. Das muss dem Klima dienen und sozial und technisch möglich sein. Auch hier bin ich überzeugt, dass wir einen guten Weg und auch ein gutes Gesetz hinbekommen. Bestenfalls noch vor der Sommerpause, ansonsten im Herbst. Wäre auch kein Beinbruch. Also, es gibt noch eine Menge zu tun.

Gute Lektüre, Ihr/Euer

3



Betriebsräte aus der
Region in Berlin

6



Online-Veranstaltungen
der UnterfrankenSPD

8



160 Jahre SPD
Jubiläumsfeier in Würzburg

9



Unterwegs in
Unterfranken und Berlin

KLARTEXT

ERBSCHAFTSTEUER — REICHTUM VERPFLICHTET



Erwarten Sie ein Erbe von einer halben Million Euro? Nein? Dann betrifft Sie das Thema Erbschaftssteuer nicht.

Mal wieder geht das Schreckgespenst um, dass

die Bundesregierung den Menschen das kleine Häuschen wegnehmen will. Manche behaupten, dass die Firma nicht weitergegeben werden kann, weil sie die Steuer auffrisst. „Der Staat“ bereichere sich so an den Ersparnissen der Menschen. Das ist alles Unsinn und verunsichert die Menschen. Warum wird es trotzdem behauptet? Weil man die Urinstinkte der Menschen bedient, dass jede und jeder betroffen sein könnte. Nichts davon ist wahr! Die Freibeträge sind so hoch, dass die allermeisten gar keine Erbschaftssteuer bezahlen müssen.

Wer arbeiten geht, bekommt automatisch die Lohnsteuer abgezogen – auf jeden Euro! Wer ein Vermö-

gen erbt, das oft im hohen Millionenbereich oder sogar Milliardenbereich liegt, soll nichts beisteuern? Das finde ich ungerecht.

Richtig hohe Erbschaften zu besteuern ist richtig. In Deutschland gehört den reichsten 10 % der Haushalte 56 % des Gesamtvermögens. Der Anteil steigt seit Jahren – auch im europäischen Vergleich. Die Hälfte aller Erbschaften und Schenkungen geht an diese reichsten 10 %. Der gesellschaftliche Graben und Privilegien werden so zementiert und von Generation zu Generation weitergegeben, ohne dass eigene Verdienste irgendeine Rolle spielen.

Also lassen Sie sich bitte nicht verunsichern. Ehegatten zahlen für ein Erbe von bis zu 500.000 Euro keine Erbschaftssteuer, bei Kindern und Stiefkindern liegt der Freibetrag bei 400.000 Euro, bei den Enkelkindern sind es 200.000 Euro. Hinzu kommen Freibeträge für den persönlichen Bedarf, für Kunst oder Hausrat. Auch bei weiter selbstgenutztem Wohneigentum fällt gar keine Erbschaftssteuer an.



POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

BUND FÖRdert RADWEGEAUSBAU DER LANDKREISE UND KOMMUNEN

- 155 Millionen Euro gibt der Bund für den Radwegebau der Landkreise und Kommunen. Die Gelder können bis zum 31.08.2023 beantragt werden: Infos dazu gibt es [hier](#).

- Ziel ist es, in Deutschland ein sicheres, lückenloses Radwegenetz zu schaffen, um den Umstieg auf das klimafreundliche Rad zu erleichtern.

- Gefördert werden z.B. Maßnahmen zur Verbreiterung und Verbesserung bestehender Radwege, der Bau von neuen Radwegen, Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit, etwa durch bauliche Trennung vom Kfz-Verkehr, der Bau von Fahrradabstellanlagen sowie Maßnahmen, um die Routen und Angebote des Radnetzes Deutschland bekannter zu machen.



Andreas Amann

BETRIEBSRÄTE

AUSTAUSCH MIT HUBERTUS HEIL

Jährlich laden wir als SPD-Bundestagsfraktion Betriebs- und Personalrätinnen und -räte sowie Schwerbehindertenvertretungen aus ganz Deutschland in den Bundestag zum Austausch ein. Klasse, dass auch wieder Betriebsräte von Warema in Marktheidenfeld, Gerresheimer in Lohr und der DB Netz AG in Würzburg mit dabei waren. Unter anderem ging es um die Modernisierung und Weiterentwicklung der betrieblichen Mitbestimmung. Denn die ist eine große Errungenschaft, die es stetig an die neuen Herausforderungen der modernen Arbeitswelt anzupassen gilt.

Die Betriebsräte von Warema berichteten über eine schwankende Auftragslage in den einzelnen Unternehmensbereichen. „Der Gewerbebau läuft weiterhin gut, doch beim privaten Wohnungsbau gibt es Rückgänge, die sich in unseren Auftragsbüchern zeigen“, erläuterte Matthias Günther, der Betriebsratsvorsitzende von Warema Kunststofftechnik und Maschinenbau in Marktheidenfeld. In genau solchen Situationen machen Betriebsräte den entscheidenden Unterschied. Sie kennen die Unternehmen – oft seit Jahrzehnten – und geben alles, um ihren Betrieb erfolg-

reich in der Spur zu halten.

Bei Gerresheimer in Lohr werden dagegen händiger neue Kolleginnen und Kollegen gesucht: „Wir suchen in allen Bereichen nach Fachkräften. Wir arbeiten im Dreischichtbetrieb und spüren den Mangel“, erklärt Harald Merz, Betriebsratsvorsitzender von Gerresheimer in Lohr. Auch hier haben mitbestimmte Betriebe die Nase vorne. Die Beschäftigten können sich die Arbeitgeber inzwischen oft aussuchen. Und es hat sich herumgesprochen, dass mitbestimmte Arbeit bessere Bedingungen bietet, gute Löhne hat und sicher ist.

Holger Miksch von der DB Netz AG ergänzt, dass das Standing der Betriebsräte in den einzelnen Unternehmen sehr unterschiedlich sei. „Während wir in vielen Unternehmen wie der Deutschen Bahn als Partner auf Augenhöhe geschätzt werden und uns auf unsere Hauptaufgabe, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen konzentrieren können, kämpfen viele Kolleginnen und Kollegen gegen die grundsätzliche Ablehnung der Geschäftsführung. Das habe ich in Gesprächen heute auf der Konferenz ein weiteres Mal so hören müssen.“

Deshalb wird die SPD-Bundestagsfraktion die Behinderung der Mitbestimmung künftig als Officialdelikt einstufen. Damit kommen schwere Zeiten zu auf Arbeitgeber, die die Mitbestimmungsrechte ihrer Beschäftigten missachten. Denn bisher müssen sich Betroffene selbst an die Behörden wenden, wenn sie in ihren Mitbestimmungsrechten beeinträchtigt werden. Sie stehen aber oft unter großem Druck. Deshalb müssen sich Staatsanwaltschaften künftig von sich aus einschalten, wenn sie von dem Vorwurf erfahren, dass die Arbeit von Betriebsräten oder die Wahlen behindert werden.



pixabay

WÄRMEWENDE

KLIMAFREUNDLICH, SOZIAL, GERECHT

Die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz (GEG) und das Thema Heizungstausch hat in den letzten Wochen wie kaum ein anderes die Gemüter bewegt. Es kursieren viele falsche Informationen und Halbwahrheiten, aber es gibt auch Nachbesserungsbedarf, den wir im parlamentarischen Verfahren angehen müssen. Bei Umsetzung, Fristen und Praktikabilität muss dies dringend geschehen, und auch die besonderen Aspekte des Ländlichen Raums müssen individuell betrachtet werden. Dafür setze ich mich ein und das betrifft auch das Thema Heizen mit Holz.

Die vorgesehenen strikten Anforderungen und Auflagen für Holz- und Pelletheizungen halte ich jedenfalls

nicht für zielführend. Als SPD-Bundestagsfraktion wollen wir keine klimafreundlichen Technologien von vornherein ausschließen. Hauseigentümern müssen auch in Zukunft unterschiedliche Möglichkeiten des Heizens zur Verfügung stehen, auch Biomasse, auch Holz, Hauptsache mindestens 65 Prozent erneuerbar. Holz ist eine legitime Heizquelle und muss es auch in Zukunft bleiben. Sie ist sicher, regional verfügbar und erneuerbar. Es ist daher unbedingt notwendig, dies auch im finalen Gesetz so abzubilden.

Richtig ist aber auch, dass wir 2045 klimaneutral sein wollen. Also müssen wir auch im Gebäudebereich vorankommen und jetzt die Weichen stellen. Deshalb soll ab 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent klimaneutral mit Erneuerbaren Energien betrieben werden.

Müssen funktionierende Gas-, Öl- und Biomasseheizung (Holz, Pellets etc.) deshalb zum 1. Januar 2024 ausgetauscht werden? Nein! Es gibt keinen Austauschzwang! Niemand wird dazu verpflichtet, eine funktionierende Heizung herauszureißen und zu ersetzen. Vielmehr können kaputte Heizungen auch repariert werden. Ist ein Austausch nötig, wird es Übergangsfristen geben. Und: Bei der Heizwende soll niemand überfordert werden. Deswegen wird es eine breit angelegte staatliche Förderung geben.

LAGE DER FRAKTION – DER PODCAST

Überall fehlen Fachkräfte – was tun, Rasha?

Rasha Nasr über die Weiterbildungsrepublik, die Attraktivität Deutschlands für Einwanderer – und die unrühmliche Rolle der Union

▶ 00:00 00:00





pixabay

PFLEGE

PFLEGENDE ANGEHÖRIGE STÄRKEN!

Die Corona-Pandemie und die demografische Entwicklung haben die Kosten in der Pflegeversicherung in den letzten Jahren ansteigen lassen. Wir bringen nun das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz auf den Weg, um die Pflegeversicherung und pflegebedürftige Menschen sowie ihre Angehörigen finanziell zu unterstützen.

Konkret ist geplant, das Pflegegeld und die Pflegesachleistungen ab 2024 jeweils um fünf Prozent zu erhöhen. 2025 werden diese Leistungen dann um 4,5 Prozent erhöht, ab 2028 steigen sie entsprechend der Inflation. Wer Angehörige pflegt, kann das Pflegeunterstützungsgeld künftig länger in Anspruch nehmen. Ab dem 1. Juli 2025 wird für alle ein gemeinsamer Jahresbetrag für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege eingeführt. Für Eltern von Kindern und Jugendlichen unter 25 Jahren, die eine schwere Behinderung haben, wird dieses Entlastungsbudget bereits ab 2024 eingeführt. Außerdem begrenzen wir die Eigenanteile von Pflegebedürftigen in Heimen.

Wir müssen die Pflegeversicherung aber auch weiter stabilisieren. Deshalb steigt der Beitragssatz ab Juli

2023 leicht um 0,35 Prozentpunkte an – also von derzeit 3,05 auf 3,4 Prozent des Bruttolohns. Kinderlose zahlen einen Zuschlag. Ab zwei Kindern wird der Beitrag bis zum 25. Lebensjahr um 0,25 Punkte je Kind bis zum fünften Kind weiter abgesenkt. Ein Beispiel: Eine Familie mit drei minderjährigen Kindern zahlt künftig 2,90 Prozent, also weniger als bisher. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, zahlen die Eltern wieder dauerhaft 3,4 Prozent – und damit weniger als Kinderlose, für die der Zuschlag von 0,6 Beitragssatzpunkten gilt.



ParlamentsTV

REDE

TARIFBINDUNG STÄRKEN

Wieder einmal diskutieren wir im Deutschen Bundestag über die Stärkung der Tarifbindung. Ich bin der Meinung, dass wir nicht nur ein Plädoyer für starke Tarifbindung brauchen, sondern auch das Handeln dafür - denn die sorgt für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

Aktuell liegt die Tarifbindung bei 50 Prozent. Wir waren schon einmal bei 80 Prozent. Da müssen wir wieder hinkommen auch mit einem Bundestariftreugesetz, das unser Bundesarbeitsminister Hubertus Heil gerade erarbeitet.

ONLINE-VERANSTALTUNGEN

UNTERFRANKEN-SPD DISKUTIERT



„Flucht und Migration: Wie der Bund unterstützt und handelt“

Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine hat in Europa die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Mehr als eine Million Geflüchtete aus der Ukraine haben in Deutschland Schutz gefunden – vor allem Frauen und Kinder. Zugleich sind auch weiterhin Menschen aus anderen Teilen der Welt auf der Flucht vor Krieg und Terror, was sich in einer steigenden Zahl von Asylanträgen widerspiegelt.

Die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten ist ein gemeinsamer Kraftakt, der Bund, Länder und Kommunen vor Herausforderungen stellt. Über den aktuellen Stand und die Ergebnisse des Sondergipfels am 10. Mai informiere ich als Vorsitzender der UnterfrankenSPD in einer Online-Schalte gemeinsam mit meiner bayerischen Bundestagskollegin **Carmen Wegge** (Mitglied im Innen- und Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages).

Mi, 31.05.2023,

20 bis 21 Uhr

Online per webex:

[Hier klicken](#) und ohne Voranmeldung teilnehmen!



„Das neue Wahlrecht: einfacher und gerechter“

In den vergangenen Jahren ist der Bundestag auf 736 Abgeordnete angewachsen. Nun haben die Ampel-Fraktionen ein Gesetz beschlossen, das die Zahl der Abgeordneten dauerhaft begrenzt. Künftig wird es keine Überhang- und damit auch keine Ausgleichsmandate mehr geben. Jede Stimme zählt gleich viel. Der Bundestag hat dann eine feste Größe von 630 Abgeordneten. Und: Die Grundmandatsklausel fällt weg, weil sie bereits heute weder verfassungs- noch wahlrechtlich begründbar ist. Die Lösung der Ampel ist eine Fünf-Prozent-Hürde für alle Listen und Parteien (mit Ausnahme von Einzelbewerbern), um das Gesetz „verfassungsfest“ zu machen.

Darüber informiere ich gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen **Sebastian Hartmann** (SPD-Obmann in der Kommission zur Reform des Wahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit).

Di, 06.06.2023,

19 bis 20 Uhr

Online per webex:

[Hier klicken](#) und ohne Voranmeldung teilnehmen!

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich aus erster Hand zu informieren und mit uns zu diskutieren!

ONLINE-VERANSTALTUNGEN

UNTERFRANKEN-SPD DISKUTIERT



„Offen für
Fachkräfte
— ein neues
Einwan-
derungs-
gesetz“

In vielen Branchen und Regionen ist der Mangel an Fachkräften mittlerweile spürbar: Wenn die Kita früher schließt oder das kaputte Dach nicht sofort repariert wird, ist häufig Fachkräftemangel die Ursache. Die Zahl offener Stellen ist auf einem Rekordhoch, die Suche nach Fachkräften dauert immer länger und ist oft erfolglos. Zugleich steigt der Bedarf an Fachkräften stetig, auch vor allem für die

Digitalisierung und den Klimaschutz.

Ein wichtiger Faktor für die Fachkräftesicherung ist ein zeitgemäßes Einwanderungsrecht für Nicht-EU-Ländern. Wir wollen damit allen Menschen eine Zukunft bei uns bieten, die ausreichend beruflich qualifiziert oder erfahren sind, oder weitere wertvolle Potentiale mitbringen. Darüber informiere ich gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen **Hakan Demir** (Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat).

Mi, 07.06.2023,

19 bis 20 Uhr

Online per webex:

[Hier klicken](#) und ohne Voranmeldung teilnehmen!



TV-Tipp: 2 x 30 Minuten auf tvmainfranken | [Hier klicken](#) und in der Mediathek anschauen!



UnterfrankenSPD

160 JAHRE SPD

JUBILÄUMSFEIER IN WÜRZBURG

160 Jahre Sozialdemokratie in Deutschland: Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ gegründet: die Geburtsstunde der Sozialdemokratie. In Würzburg haben wir als UnterfrankenSPD den besonderen Geburtstag unserer Partei gewürdigt: mit vielen Gästen, einer grandiosen Festrede unseres Ehrengastes Markus Rinderspacher, Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, sowie Gesprächsrunden mit SPD-Mitgliedern und ihren Beweggründen, in der SPD aktiv zu sein. Ein toller Abend! Vielen Dank an alle Haupt- und Ehrenamtlichen, die dies möglich gemacht haben!



UnterfrankenSPD



UnterfrankenSPD



privat

PARTEITAG

LANDTAGSWAHL IM BLICK

Das war ein toller Parteitag der BayernSPD in Augsburg: Unsere Doppelspitze mit unserem Spitzenkandidaten für die bayerische Landtagswahl - Florian von Brunn - und Ronja Endres kann auf starken Rückhalt und mit Ruth Müller und Vize Nasser Ahmed auf ein ebenso starkes Generalsekretärs-Duo bauen.

Und auch inhaltlich sind wir gut aufgestellt: "Machen statt södern" ist das Motto und das findet sich auch in unserem Regierungsprogramm wider. Wir wollen ein Bayern, das sich alle Menschen leisten können, mit u.a. bezahlbarem Wohnen, sauberer und bezahlbarer Energie und einem starken ÖPNV. Und natürlich stehen wir für starke Arbeitnehmerrechte im Freistaat ein. Das zugehörige Kapitel Arbeit & Soziales des Regierungsprogramms habe ich mitgearbeitet und durfte es in Augsburg auch vorstellen.



Bernd Rützel



privat

MAINTALBAHN

ELEKTRIFIZIERUNG

Jahrelang ging es nicht voran – jetzt stehen die Signale auf Grün und die Maintalbahn soll ab 2027 elektrifiziert werden. Dann wird das umgesetzt, was der Freistaat schon 2018 angekündigt. Ermöglicht wird es durch Maßnahmen, die die Ampel-Koalition im Bund seit 2021 beschlossen hat. Insbesondere die Erhöhung und Verstetigung der GVFG-Mittel, mit denen der Bund Verkehrsvorhaben der Länder unterstützt, die Reform der „standardisierten Bewertung“, die eine Erweiterung der Kriterien für die Wirtschaftlichkeitsprüfung von Vorhaben um zusätzliche Nutzenfaktoren beinhaltet, und die Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben machen dem Projekt Dampf.

Jetzt wurde das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsprüfung für das Vorhaben bekannt gegeben, die die Bayerische Staatsregierung bereits 2021 in Auftrag gegeben hatte. Das Ergebnis: Der Kosten-Nutzen-Faktor der Elektrifizierung liegt bei 1,24 – einem sehr guten Wert, bei dem der Nutzen die Kosten überwiegt. Die Kosten für den Streckenausbau Aschaffenburg – Miltenberg werden mit 65 Mio. Euro angegeben, von denen der Bund 36 Mio. Euro übernehmen soll. Die

Elektrifizierung der Strecke soll 50 Mio. Euro kosten, hier wird ein Bundeszuschuss von 36 Mio. Euro erwartet.

Ich freue mich sehr, dass das Projekt aus der Ankündigungsphase in die Umsetzungsphase kommt. Neben der Elektrifizierung wird mit dem Vorhaben eine umsteigefreie Verbindung von Miltenberg über Aschaffenburg nach Frankfurt geschaffen, die Streckenhöchstgeschwindigkeit soll auf bis zu 160 km/h erhöht, die Bahnsteige angepasst und die Strecke zwischen Obernburg-Elsenfeld und Erlenbach zweigleisig ausgebaut werden.



THW OV Karlstadt

THW

70 JAHRE OV KARLSTADT

Herzlichen Glückwunsch zu diesem tollen Jubiläum, den ich auch direkt beim Festakt vor Ort übermitteln durfte. Ich bin fest überzeugt: Wo das THW auftaucht schöpfen Menschen Hoffnung. Das sieht man immer wieder, wenn die freiwilligen Helfer in Not- und Unglücksfällen - weltweit - unterstützen. Sie leisten damit einen außerordentlich großen solidarischen Dienst an der Gesellschaft und sind eine der wichtigsten Säulen des Katastrophen- und Zivilschutzes.

Vielen Dank für die wertvolle Arbeit und immer gute Unterstützung der Bundesregierung.

KURZ & KNAPP

WEITERE TERMINE IM MAI



privat

Im März haben wir gemeinsam gegen die Schließung von Magna Mirrors in Dorfprozelten demonstriert. Die Tage habe ich mich wieder mit Percy Scheidler, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Aschaffenburg, und Vertrauensleuten getroffen, um Infos über den aktuellen Stand der Verhandlungen einzuholen. Wir kämpfen weiter für den Standort.



Büro Rützel

In Berlin habe ich als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit & Soziales zusammen mit den Ausschussvorsitzenden für Verkehr und für Petitionen eine Petition für einen gerechteren Wettbewerb im Güterkraftverkehr entgegengenommen. Wir dürfen die Fahrerinnen und Fahrer nicht alleine lassen. Im An-

schluss gab es ein Berichterstattegespräch zur Umsetzung von EU-Regeln für LKW-Fahrerinnen und Fahrern auf deutschen Straßen, außerdem arbeiten wir in der Ampel an einer gemeinsamen Position, um die Transportlogistik in Deutschland zu sichern. Für faire Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr!



Büro Rützel

1. Mai Kundgebung des DGB in Lohr: Gute Stimmung und 120 % ungebrochen solidarisch. Gerade in unruhigen Zeiten wie diesen ist das absolut nötig - und dafür kämpfen wir gemeinsam Seite an Seite.

Entlastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Stärkung der Tarifbindung und Maßnahmen gegen den Arbeitskräftemangel müssen wir zusammen angehen. Gut, dass auch in diesem Jahr wieder Tausende auf den Straßen waren.



Büro Rützel

KURZ & KNAPP

WEITERE TERMINE IM MAI



privat

Beim Jahresempfang des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel: Inklusion in allem Handeln zu verankern ist so wichtig, denn es kann jede/n treffen: 96 % der Menschen mit Behinderung erleiden ihre Beeinträchtigung im Laufe des Lebens.

Unser Gesetz zum inklusiven Arbeitsmarkt ist da ein guter Anfang - auch wenn das offenbar nicht alle so sehen: Bayern hat als einziges Bundesland nicht zugestimmt.



Büro Rützel

Die Werkstattträte haben in Berlin demonstriert, weil sie eine bessere und wertschätzende Bezahlung in den Werkstätten fordern. Ich habe selbst schon einige Werkstätten besucht und kann bestätigen, dass die Menschen dort einen ganz tollen Job machen. Im Gespräch wurde mir erneut deutlich, dass es zwar um mehr Geld, aber auch um einfachere, klare Strukturen geht.



UnterfrankenSPD

Selbstbestimmt leben im Alter oder mit Einschränkung ist ein großes Thema. Welche Möglichkeiten für altersgerechtes, barrierefreies Wohnen sich in den eigenen vier Wänden umsetzen lassen, zeigt das Musterhaus in Kürnach im Landkreis Würzburg. Mit einer Abordnung der Vorstandschaft der UnterfrankenSPD haben wir uns das Angebot vor Ort angeschaut. Eine sehr gelungene Sache!

Und: Das Musterhaus kann von Interessierten aus dem gesamten Regierungsbezirk Unterfranken besichtigt werden - plus Information und Beratung vor Ort.



Büro Rützel

Herzlichen Glückwunsch zu 50 Jahre Waldschänke Bayrische Schanz. Die Familie Münch hat aus dem Häuschen ein tolles Ausflugslokal gemacht. Genau so lange zieht es mich immer wieder auf die Schanz, zur Geburtstagsfeier Ende Mai mit dem Bike.

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpoliti-
sche Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Unerträglich, unverantwortlich und entsetzlich anzusehen“ sei die junge Generation, klagte einst der griechische Philosoph Aristoteles. Auch von Platon, Horaz oder Melanchthon hagelt es vor allem Kritik an der „Jugend von heute“: faul sei sie, zügellos und egoistisch.

Entschuldigung, da muss ich klar widersprechen. Wenn ich mich mit jungen Leuten unterhalte – bei Schulprojekten, in Diskussionsrunden, im Straßencafé – treffe ich auf interessierte, kluge und oft nachdenkliche Menschen.

Richtig ist nämlich: Die „Jugend von heute“ ist engagiert. Sie bringt sich ein, will Dinge verändern. Die Jugend ist durchaus auch politisch. Richtig ist aber leider auch, dass sie sich von der Politik nicht gehört fühlt. Und nur ein knappes Drittel etwa glaubt, Politik beeinflussen zu können.

Entsprechend gering ist auch das Interesse, sich in einer Partei zu engagieren. Eine Folge daraus ist, dass Jüngere in den Parlamenten unterrepräsentiert sind. Das führt dazu, dass die Interessen junger Menschen oft weniger gut vertreten werden.

Was also können wir tun, um junge Menschen stärker für Politik und Demokratie zu begeistern?

Zum Beispiel: mehr Mitbestimmung ermöglichen. Seit Anfang Mai sammelt das Bündnis „Vote 16“ Unterschriften für ein Volksbegehren zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Auch die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag unterstützt die Initiative.

Zweites Beispiel: Bildung. Damit junge Menschen ein Verständnis für die Funktionsweise unserer Demokratie entwickeln können, braucht es Aufklärung und Information. Gerade in Zeiten von Fake News und Desinformation ist das wichtiger denn je. Doch an bayerischen Schulen wird zu kurz und zu spät im Fach Politik unterrichtet. Das zeigt ein jährliches, bundesweites Ranking. Hier muss unbedingt nachgesteuert werden.

Drittes Beispiel: selbst Vorbild sein. Mal ehrlich: Ist es nicht ein gutes Gefühl, etwas bewirken zu können? Wenn Erwachsene vorleben, dass es möglich ist, Dinge zu gestalten, schauen sich Kinder das ab. Und probieren es selbst aus. Studien belegen, dass engagierte junge Leute oft engagierte Eltern haben.

Aristoteles, Horaz oder Platon – sie haben Unrecht: Die Jugend ist unsere Hoffnung. Sie ist unsere Zukunft. Eines Tages wird sie unser Land führen. Sie wird es gut machen, vertrauen wir ihr. Geben wir ihr also die Werkzeuge an die Hand, die sie braucht, um unsere und ihre Zukunft zu gestalten: Bildung, Mitsprache und Vorbilder.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuerou@martina-fehlner.de